

Zwischen den Grenzen werden Hunderte Millionen Franken hin- und hergeschoben

Das Geschäft mit Grenzgängern

Grenzgänger zahlen in der Schweiz Steuern - oder auch nicht. Je nach Nachbarland ist das anders geregelt. Zwischen den Grenzkantonen und Deutschland, Frankreich oder Italien werden deshalb Millionen hin- und hergeschoben. Wir sagen, wie viele es sind.



Rund 400'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiten in der Schweiz. Foto: Keystone

Darum gehts

- Grenzgänger in der Schweiz: Millionen fliessen über Grenzen
- Neue Steuerabkommen beeinflussen Attraktivität für Grenzgänger
- 410'000 Grenzgänger arbeiteten im dritten Quartal 2025 in der Schweiz

In Genf arbeiten, im nahe gelegenen Frankreich wohnen: Rund 410'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiteten im dritten Quartal 2025 in der Schweiz. Das zeigen neue Zahlen des Bundesamts für Statistik. Über die Hälfte davon kommt aus Frankreich, rund ein Viertel aus Italien. Sie sorgen dafür, dass die Regale gefüllt sind – und gleichzeitig viel Geld zwischen Kantonen und Grenzregionen wie Frankreich hin- und hergeschoben werden.

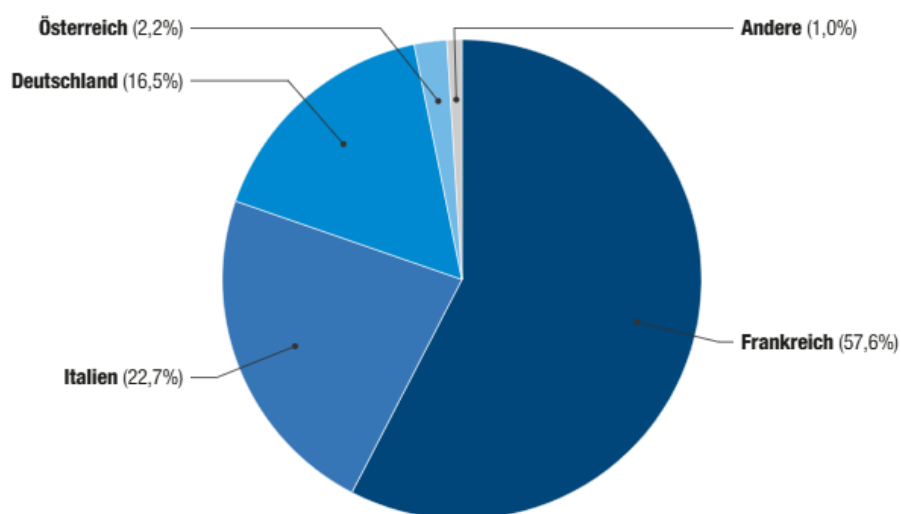


Doch wo zahlen die Grenzgängerinnen und Grenzgänger die Steuern? Je nach Nachbarland ist das unterschiedlich geregelt.

So überwies der Kanton Genf fast 400 Millionen Franken an die angrenzenden Departements Haute-Savoie und Ain. Hintergrund ist ein Abkommen von 1973. Genf muss 3,5 Prozent der jährlichen Bruttolohnsumme der Grenzgänger an die französischen Nachbarn abdrücken. So sollen sie für die Belastungen entschädigt werden, wenn die Leute zwar in Frankreich wohnen, aber in Genf ihren Lohn beziehen. 396 Millionen sind es für 2025, um genau zu sein. Ein neuer Rekord, wie die [«Tribune de Genève»](#) schreibt.

In Frankreich wohnen, in der Schweiz arbeiten

Rund 410'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiteten im dritten Quartal 2025 in der Schweiz. Die Grafik zeigt, wo sie wohnen.



In anderen Kantonen läuft es hingegen gerade umgekehrt. Die Kantone Basel-Stadt, Baselland, Solothurn, Waadt, Wallis, Neuenburg, Jura und Bern haben zusammen ein Abkommen mit Frankreich abgeschlossen. Wer in einem der Kantone arbeitet, aber auf der anderen Seite der Grenze wohnt, wird in Frankreich besteuert. Dafür bekommt die Schweiz Geld von unserem Nachbarn.

Auch nach Italien fließt Geld

Bei den Beträgen gibt es grosse Unterschiede. Solothurn erhielt 2024 fünf Millionen Franken, Baselland schreibt von rund 50 Millionen aus Deutschland, in Basel-Stadt waren es in den vergangenen Jahren zwischen 77 und 80 Millionen, während in der Waadt über 140 Millionen aus Frankreich zurück in die Schweiz fliessen.



Deshalb werden zwischen der Schweiz und den Nachbarstaaten jährlich Hunderte von Millionen hin- und hergeschoben.

Auch aus den Kantonen Tessin, Graubünden und Wallis fließen Millionen Richtung Italien. 2024 waren es für die drei Kantone rund 120 Millionen Franken.

Hintergrund ist ein altes Abkommen. Ein Grenzgänger zahlt 100 Prozent der Quellensteuer an die Schweiz, die dann ihrerseits einen Teil davon an Italien abgibt. Doch jetzt gibt es ein neues Abkommen. Die Grenzgängerinnen und Grenzgänger müssen nur noch 80 Prozent Quellensteuer bezahlen, dafür zusätzlich auch in Italien versteuern. Die Schweiz kann zwar mehr Geld behalten, dafür wird es für Grenzgänger unattraktiv, wie der [«Tages-Anzeiger»](#) berichtete.



Genf etwa bezahlt fast 400 Millionen Franken an Frankreich.

Schweiz behält Quellensteuer von Deutschen

Und was gilt eigentlich in Deutschland? Wer dort wohnt und in der Schweiz arbeitet, ist grundsätzlich bei unserem nördlichen Nachbarn steuerpflichtig, schreibt die Oberfinanzdirektion Baden-Württemberg. Die Schweiz darf aber eine Quellensteuer von 4,5 Prozent einbehalten. Wer keine sogenannte «Ansässigkeitsbescheinigung» hat, dem drohen noch höhere Steuerabzüge.

Im Kanton St. Gallen waren es zwischen 14,7 und 16 Millionen Franken aus Deutschland und rund 60 Millionen Franken Nettoerträge aus Österreich. Diese umfassen auch den Anteil von Gemeinden und Kirchen. Im Kanton Thurgau waren es in den vergangenen drei Jahren zwischen rund 7 und 9,5 Millionen allein für den Kanton.